

Hansestadt Lüneburg  
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch  
Am Ochsenmarkt 1  
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 29. Dezember 2025

### **Antrag: Sozialberichterstattung für Lüneburg**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Verwaltung wird beauftragt, eine regelmäßige kommunale Sozialberichterstattung für die Hansestadt Lüneburg zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen. Die Sozialberichterstattung soll sich in Aufbau und Methodik an bewährten Beispielen anderer Kommunen wie der Landeshauptstadt Hannover, sowie an den Standards der „Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen“ orientieren. Der erste Sozialbericht ist dem Rat spätestens innerhalb von zwölf Monaten vorzulegen und anschließend in regelmäßigen Abständen, mindestens alle zwei Jahre, fortzuschreiben.

Zur dauerhaften und qualitätsgesicherten Umsetzung der Sozialberichterstattung ist eine volle Personalstelle einzurichten und verbindlich im Stellenplan der Stadt zu verankern. Die Ergebnisse der Sozialberichterstattung sind der „Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen“ zur Verfügung zu stellen, vollständig zu veröffentlichen und damit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Sie sind bei zukünftigen Entscheidungen des Rates zu berücksichtigen.

### **Begründung**

Mit der „Handlungsorientierten Sozialberichterstattung“ verfolgt das Land Niedersachsen ausdrücklich das Ziel, soziale Daten nicht nur zu dokumentieren, sondern sie als Instrument politischer Steuerung und konkreten Handelns zu nutzen. Im Mittelpunkt stehen die frühzeitige Identifikation sozialer Problemlagen, die transparente Darstellung sozialer Ungleichheiten sowie die Ableitung konkreter Handlungsbedarfe in den Kommunen (siehe [www.ms.niedersachsen.de/hsbn](http://www.ms.niedersachsen.de/hsbn) und [www.sozialberichterstattung-niedersachsen.de](http://www.sozialberichterstattung-niedersachsen.de)).

Gerade angesichts steigender Lebenshaltungskosten, wachsender Wohnungsnot und zunehmender sozialer Ungleichheit ist eine handlungsorientierte Sozialberichterstattung unverzichtbar. Sie ist keine freiwillige Zusatzaufgabe, sondern eine Voraussetzung für verantwortungsvolle politische Entscheidungen.

Zahlreiche Kommunen in Niedersachsen nutzen dieses Instrument bereits, um ihre Sozialpolitik datenbasiert auszurichten und wirksame Maßnahmen zu entwickeln. Lüneburg hingegen bleibt hinter diesen Standards zurück. Die Stadt verzichtet damit auf ein zentrales Steuerungsinstrument moderner Kommunalpolitik und nimmt in Kauf, dass soziale Entwicklungen unzureichend erkannt oder sogar ignoriert werden. Eine vorausschauende und sozial gerechte Kommunalpolitik ist unter diesen Bedingungen nicht möglich.

Die Erstellung und regelmäßige Fortschreibung einer solchen Sozialberichterstattung erfordern dauerhafte personelle Ressourcen. Ohne eine fest verankerte Personalstelle besteht die reale

Gefahr, dass die Sozialberichterstattung weiter vertagt, verwässert oder unregelmäßig erstellt wird. Die Einrichtung einer vollen Personalstelle ist daher unbedingt erforderlich.

Eine Stadt, die soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Chancengleichheit ernst nimmt, muss wissen, wie ihre Bevölkerung lebt und wo konkreter Handlungsbedarf besteht. Lüneburg darf sich dieser Verantwortung nicht länger entziehen und sollte sich selbst dazu verpflichten, die Sozialberichterstattung endlich verbindlich umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Gruppensprecherin

Die Linke